

## Beamte munitionieren sich für den Konflikt

**Sparpolitik** Der Beamtenbund orientiert sich neu, um die befürchteten grün-schwarzen Beschlüsse abzumildern. Von Matthias Schiermeyer

Der Beamtenbund in Baden-Württemberg (BBW) steht nun da wie ein Herr im fortgeschrittenen Alter, der keine Lebenspartnerin mehr findet. Dass er mit den Grünen keine harmonische Beziehung mehr führen wird, ist allen klar. Dass sich aber auch die CDU abwendet, trifft die Funktionäre schwer. Sie hatten fest auf deren Versprechungen gesetzt, dass das Sparen ein Ende haben soll. Ihrer Enttäuschung darüber, dass es anders kommt, machten sie im BBW-Landeshauptvorstand Luft. „Bei meinen Mitgliedern, die CDU gewählt haben, ist die Frustration besonders groß“, sagt Landesbund-Chef Volker Stich. Die Grünen-Anhänger hätten wenigstens gewusst, was auf sie zukommt. „Deren Vorbehalte gegenüber der Beamtenschaft sind um Welten größer als bei der CDU.“

Was tun? Auch gegen die neue Landesregierung protestieren? Der Beamtenbund muss sich anders orientieren. Als neue Liebhaberin bietet sich ausgerechnet die ihrerseits nicht mehr taufrische SPD an, von der man früher schon verlassen wurde. So-

wohl Fraktionschef Andreas Stoch als auch Landesvorsitzender Nils Schmid haben sich gemeldet und versichert: Die SPD habe zwar gespart bei den Beamten – aber was jetzt diskutiert werde, gehe zu weit. Stich will daher enger mit den Sozialdemokraten kooperieren und sich den Sachverstand des Ex-Finanzministers „zu Nutzen machen“.

Was Grün-Schwarz vorhat, ist noch nicht raus: Als „Folterwerkzeuge“ sind eine Absenkung der Pensionen, eine Deckelung der Tariferhöhungen für die Beamten auf ein Prozent jährlich sowie eine Wiederbesetzungssperre denkbar. Die zentralen Sparmaßnahmen sollten schon im Koalitionsvertrag aufgenommen werden, doch in der entscheidenden CDU-Landesvorstandssitzung kam vor dem Beschluss des grün-schwarzen Pakts Unruhe auf. Etliche Abgeordnete mahnten, den Beamtenbund einzubinden. So einigte man sich darauf, erst mal still zu halten. Regierungschef Kretschmann wiederum beruhigte den demonstrierenden Landesbund-Chef am Rande des Parteitags in Leinfelden: „Herr Stich, wir müssen doch erst mal reden.“

Dass sich im Dialog alles zum Guten wendet, ist nicht zu erwarten. Denn ausgerechnet Edith Sitzmann, die bisherige Fraktionschefin der Grünen, die die Beamten schon in der Vergangenheit hart angepackt hat, ist neue Finanzministerin. Stich beteuert, ein „ordentliches Verhältnis“ zu ihr zu haben, erwartet aber auch, dass die Sparkommissarin wie bisher „ganz nah beim Ministerpräsidenten“ sein werde. „Da stellen wir uns auf nicht einfache Zeiten ein.“ Für den Beamtenbund wäre es jedenfalls besser, „wenn das Finanzressort in schwarze Hand gegangen wäre“.



Foto: dpa

„Für uns wäre es besser, wenn das Finanzressort in schwarze Hand gegangen wäre.“

Volker Stich über die grüne Finanzministerin

Vergeblich hat er sich nach der Wahl um ein Gespräch mit Sitzmann bemüht. Geredet hat er mit den Christdemokraten Guido Wolf und Thomas Strobl. Wobei der Landeschef ihm „nichts zugesagt“ habe. Dennoch baut Stich auf einen „konstruktiven Kontakt“ mit der CDU. Zudem will er die kommunalen Spitzenverbände als Mitstreiter gewinnen.

Dies alles schützt nicht vor Einschnitten, weshalb der Beamtenbund sich munitioniert: Stich will Gisela Färber, die Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, engagieren. Sie soll bis zum Jahresende ein „Instrumentarium“ erarbeiten, das gewichtige Reaktionen möglich macht, „sobald bei Sparbeschlüssen Verfassungsgrenzen tangiert werden“. Es wäre die Vorbereitung auf eine Abwehrschlacht: Sein Landeshauptvorstand, so Stich, habe entschieden, „dass wir auch mit hohem Risiko eine Verfassungsklage einreichen, wenn es erforderlich wird“.

Das Bundesverfassungsgericht sieht er als „starke Schwester an meiner Seite“. Karlsruhe hatte vor einem Jahr für die Ermittlung der noch zulässigen Untergrenze der Besoldung mehrere Prüfstufen sowie fünf volkswirtschaftliche Parameter festgelegt, mit denen die Entwicklung der Besoldung zu vergleichen ist. Die Färber-Expertise soll künftig sofort „rotes Licht“ aufleuchten lassen, sobald diese Kriterien von Sparmaßnahmen berührt werden. „Dann wissen wir sofort, wann die Grenze erreicht ist“, sagt Stich. 2017 könne das Instrumentarium erstmals eingesetzt werden.



Die Beamtenlobbyisten im Südwesten fürchten, dass ihr Bemühen um einen konstruktiven Dialog auch von der neuen Landesregierung abgelehnt wird. Foto: Avanti Montage: Stecker

### UNMUT ÜBER STICH IN DEN REIHEN DES BEAMTENBUNDES

**Kritik** Der baden-württembergische Beamtenbund-Chef Volker Stich steht unter Handlungsdruck, nachdem er sich in seiner Opposition gegenüber Grün-Rot eingemauert hatte. Nun wird ihm intern der Vorwurf gemacht, „aufs falsche Pferd gesetzt zu haben“. Lauthals habe er gegen die

Grünen gewettert – jetzt legen die noch nach. Und er habe sich mit der CDU verbündet – jetzt ließen ihn die Schwarzen im Stich. Zudem habe er noch kurz nach der Wahl auf Guido Wolf gesetzt statt auf Thomas Strobl, heißt es. Dieser Mangel an Beweglichkeit fiel unangenehm auf.

**Ansehen** Der 65-jährige Stich genießt in der Schlussphase seiner Amtszeit intern einen guten Ruf. Doch wird kritisiert, dass sich die harte Haltung gegenüber Grün-Rot nicht ausgezahlt habe. Zumal viele Beamtenbund-Mitglieder den Grünen trotzdem ihre Stimme gegeben haben. ms